

Maos Roter Rhododendron

Der Lange Marsch zum Frieden

Toni Scheibe

Rot blüht der Rhododendron, die nepalesische Nationalpflanze, in der Terai-Ebene und in den unwegsamen Bergregionen. Doch auch das längst totgesagte Gewächs des Maoismus scheint in dieser Gegend der Welt noch einmal seine Blütenpracht zu entfalten. Ob es dem imposanten Ableger allerdings gelingt, die abgestorbene chinesische Mutterpflanze hinter sich zu lassen und ein rotes Nepal zu inszenieren, bleibt fraglich.

In anderen Teilen der Welt nahm der Maoismus besonders in den 1960er bis 1980er Jahren eine bedeutende Rolle ein. Es formierten sich maoistische Gruppen wie die *Sendero Luminoso* (Leuchtender Pfad) in Peru, die *New People's Army* (NPA) auf den Philippinen oder die *Janata Vimukti Peramuna* (JVP) in Sri Lanka. Gleichfalls gab es in Nepal schon früh marxistisch-leninistische und maoistische Strömungen, die mit dem Sturz des Rana-Regimes 1950/51 entstanden und wenige Jahre später in einer Bauernrevolte in den Distrikten Pyuthan, Rolpa und Rukum mündeten.

Die Ursachen vieler aktueller Probleme in Nepal reichen bis in die Zeit des Rana-Regimes im 19. Jahrhundert zurück. In ihrem Programm verfolgten die Ranas die Durchsetzung des Hinduismus als Staatsreligion und die Eingliederung zahlreicher sprachlicher Gruppen in einer nationalen Hierarchie von Kasten und Ethnien, angeführt von den Chetri und den Brahmanen der Gorkhas. Seit der Machtergreifung der Ranas 1846 war Nepal eng mit den Briten verbunden, so standen die legendären Gorkhakrieger den Briten bei Aufständen in Indien bei.

Ab Mitte der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts entstanden in Nepal

zahlreiche politische Parteien wie die *Praja Parishad*, die *Nepali Congress Party* und die *Communist Party Nepal* (CPN). Als im August 1947 Indien und Pakistan die Unabhängigkeit erklärten, wurde auch die demokratische Bewegung in Nepal ermutigt, sich gegen die britische Oberhoheit zu wehren. Tonangebend bei dem Umsturz des Rana-Regimes war der *Nepali Congress*, der sich mit dem entmachteten Königshaus der Shah sowie mit enttäuschten und gekränkten Rana-Mitgliedern verbündete. Am 18. Februar 1951 wurde feierlich verkündet, dass in Nepal eine vom Volk gewählte verfassungsgebende Versammlung abgehalten werden sollte. Dieses Versprechen wurde bis heute nicht in die Tat umgesetzt und stellt eine der zentralen Forderungen der Maoisten dar.

Bereits ein Jahr nach dem Umbruch wurde die CPN verboten. Dennoch handelte die Partei aus dem Untergrund weiter, so schafften es die von ihnen unterstützten Kandidaten 1953 bei den Stadtratswahlen von Kathmandu auf 50 Prozent der Wählerstimmen. Die der CPN nahestehende Bauernorganisation *Akil Nepal Kisam Sangh* zählte 1954 bereits 143 000 Mitglieder. Im selben Jahr rief sie die Bauern in Pyuthan, Rolpa und Rukum zu einer Revolte auf. Die Aufständigen nahmen einige Großgrundbesitzer

fest und verpflichteten sie dazu, die Erlöse mit den Pächtern zu teilen.

Der Kalte Krieg und die Frage des Panchayat-Systems spaltete in den 60er Jahren die nepalesischen Kommunisten in zwei Lager, ein proso-wjetisches und ein prochinesisches. Das Panchayat-System schloss Parteien vom politischen Entscheidungsprozess aus und ersetzte sie durch ein Rätssystem. Während die Moskauorientierten Kommunisten das Panchayat-System mit König Mahendra an der Spitze unterstützten, lehnten es die Pekingorientierten Kommunisten strikt ab. Durch eine Verhaftungswelle kommunistischer Kaderkräfte fand ein Generationswechsel unter den Maoisten statt. Es entstanden drei neue Parteien: die CPN (Marxist), die CPN (Marxist-Leninist) und die CPN (4. Congress). Letztere sollte die einflussreichste kommunistische Partei werden. Obwohl die CPN (Maoist) und die demokratischen Parteien eine verfassungsgebende Versammlung und die Wiedereinführung des Parlaments forderten, lehnten die Maoisten jegliche Zusammenarbeit zum Sturz der Monarchie und des Panchayat-Systems ab. Schon damals entwickelte sich unter den Maoisten die Idee eines Volkskrieges. Von China grenzten sie sich direkt nach dem Tod Maos 1976 ab, indem sie die neue Spitze des Zentralkomitees als „reak-

Protest ehemaliger Soldaten der UN-Friedenstruppen

Mitte November haben ehemalige Angehörige der nepalischen Armee, die bei verschiedenen UN-Friedensmissionen eingesetzt waren, vor dem Gebäudekomplex der UN in Kathmandu demonstriert und die nepalische Armee respektive Regierung beschuldigt, diese habe ihnen fast 65 Milliarden Rupien auf illegale Weise „weggeschnappt“. Seit 1973 hat Nepal ca. 61 000 Soldaten in mehrere Dutzende Krisenländer zur Teilnahme an UN Friedensmissionen geschickt. Der Vorwurf lautet, dass die Nepalische Armee etwa 90 Prozent der Gehälter des Friedenspersonals einbehalten habe. „Wir wissen nicht, wo all das Geld geblieben ist. Nach unserer groben Berechnung hat uns der Staat etwa 65 Milliarden Rupien unseres sauer verdienten Geldes vorenthalten“, sagte Ambar Bahadur Thapa Magar, Vorsitzender des *National Free Ex-Army Council*, einer Veteranenvereinigung, die sich um die Interessen ehemaliger Soldaten kümmert. Die Vereinten Nationen hätten zwischen 1973 und 1977 pro Soldat 500 US-Dollar an die Regierung bezahlt, die Soldaten jedoch nur 110 US-Dollar Sold erhalten. Ab 1977 seien es 150 US-Dollar von 680 gewesen, ab 1980 300 US-Dollar von 950 und seit 2001 800 US-Dollar von 1 028. Den Rest des Geldes habe die Nepalische Armee mit dem Versprechen einbehalten, das Geld in den Sozialhilfefond der Armee einzubezahlen. Auch andere Zahlungen – Sonderprämien für besondere Tapferkeit, Kleidergeld, Zuschüsse für die Teilnahme an Trainingsmaßnahmen und zur Familienunterstützung – seien nicht an die Soldaten ausgezahlt worden. Auf diese Weise habe die Armee von jedem Soldaten, der sechs Monate in einer Friedensmission eingesetzt war, etwa 500 000,- Rupien einbehalten.

„Wir haben gehört, dass sich das Geld im Besitz der Nepalischen Armee befindet und für Fortbildungen höherer Offiziere und Hochzeitsfeiern ihrer Kindern verwendet wird“, sagte Thapa Magar. Einige Offiziere sollen mit dem Geld Bankkonten eröffnet oder Grundstücke in Pokhara und Itahari gekauft haben. Der Oberste Gerichtshof hat die Regierung zur Rückzahlung des Geldes aufgefordert. Die Armee hat die Vorwürfe zurückgewiesen. „Das Geld, das wir von den Soldaten einbehalten, wird für Bildung, Gesundheit und das Wohlergehen der Soldatenfamilien verwendet. Das ist alles transparent. Da der Fond mit Zustimmung der Regierung eingerichtet wurde, wird das Geld nicht an die Soldaten zurückgegeben“, erklärte Armeesprecher Ramindra Chhetri gegenüber Pressevertretern.

Thomas Döhne

NCP, ULF und einigen königstreuen Experten. Die Euphorie über die junge Demokratie verflog rasch und für viele Nepalis erschienen die neuen Regierungsmitglieder noch korrupter zu sein.

Als 1994 vorgezogene Neuwahlen angesetzt wurden, verabschiedete sich die CPN (Maoist) unter der Führung von Pushpa Kamal Dahal, genannt Prachanda, von der parlamentarischen Bühne. Nach ihrer Ansicht war der Weg zum Sozialismus durch die Verfassung verbaut. Im September 1995 veröffentlichte die CPN (Maoist) einen Plan für einen Volkskrieg nach maoistischen Vorbild. Bei der Ausarbeitung einer Strategie werteten sie sorgfältig die Fehler gescheiterter Volkskriege aus, wie die der *Sendero Luminoso* in Peru. Ähnlich wie ihre Genossen aus dem Himalaya, erhob sich auch die Rebellion der peruanischen Maoisten im bergigen Hinterland. Bereits im Oktober 1995 kam es in Nepal zu ersten Gefechten zwischen Anhängern der CPN (Maoist) und gegnerischen Parteien. Die Regierung reagierte mit aller Härte auf die Angriffe und startete die Polizeiaktion „Romeo“. Dabei kam es zu Plünderungen, willkürlichen Verhaftungen, Vergewaltigungen, Folter und Mord. Mehrere Tausend Menschen flüchteten daraufhin in die Berge und Wälder.

Am 4. Februar 1996 legte der Chefideologe der Maoisten Dr. Baburam Bhattarai der Regierung einen 40-Punkte-Plan vor. Darin forderten sie u.a. die Schaffung einer neuen Verfassung von gewählten Vertretern, Abschaffung aller königlichen Privilegien, Nepal als säkulare Nation auszurufen, Nepali nicht weiter als lingua franca zu propagieren, eine Landreform zu Gunsten der landlosen Bevölkerung, sowie einen Mindestlohn für alle Arbeiter. Während die Regierung die Forderungen ignorierte, riefen die Maoisten am 13. Februar 1996 den Volkskrieg aus und man führte erste Guerilla-Aktionen in Rukum,

tionär und konterrevolutionär“ bezeichneten.

Als 1990 die Demokratiebewegungen weltweit im Auftrieb waren, herrschte auch in Nepal Umbruchstimmung. Die linken Parteien vereinigten sich zur *United Left Front* (ULF), um gemeinsam mit der *Nepali Congress Party* (NCP) für die Abschaffung des Panchayat-Systems zu kämpfen. Daraufhin schlossen sich die

Maoisten zur *United National People's Movement* (UNPM) zusammen. Dem Druck der Straße musste schließlich König Birendra nachgeben. Es kam zur Abschaffung des Panchayat-System sowie zu demokratischen Wahlen. Die UNPM lehnte eine verfassungsgebende Kommission, die vom König ernannt wurde, strikt ab. König Birendra konnte sich durchsetzen und berief eine Kommission aus ausgewählten Mitgliedern der

Rolpa, Jajarkot, Salyan, Gorkha und Sindhuli durch.

Prachandas Pläne

Prachanda ist nicht nur der Führer der CPN (Maoist) und der *People's Liberation Front*, sondern ebenso der Begründer eines eigenen Weges hin zum Kommunismus. Zumindest sehen ihn seine Anhänger gerne als vierten Kopf des Kommunismus neben Marx (1818-1883), Lenin (1870-1924) und Mao (1893-1976). Prachanda erstellte ein eigenes Konzept für Nepal. So setzt auch er auf einen langen Volkskrieg und die militärische Einkreisung von Dörfern und Städten. Im Gegensatz dazu steht der Marxismus. Dieser sieht einen Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie vor, an dessen Ende das Proletariat die politische Macht übernimmt. Der Prachanda-Pfad besteht aus sechs einzelnen Plänen:

Der erste Plan umfasste die Ausrufung des Volkskrieges und die Mobilisierung der Bevölkerung. Dazu fanden etwa 6000 Aktionen in mehreren Distrikten statt, wie die Besetzung einer landwirtschaftlichen Entwicklungsbank und die Vernichtung der dortigen Schuldscheine. Die zweite Stufe beinhaltete die Vorbereitungen auf einen Guerillakrieg. Die Maoisten begannen gezielte Attentate zu verüben und bauten eine Organisation zum Volkskrieg auf. Die Guerillaoperationen wurden im dritten Plan ausgeweitet und man gründete in den eroberten Distrikten erste Volkskomitees. Das immer größer werdende Ausmaß der maoistischen Rebellion rief im Jahr 1999 die nepalesische Regierung auf den Plan. Als Antwort auf das Erstarken der Maoisten wurde die Polizeioperation „Kilo Sera II“ ins Leben gerufen, welche in einem regelrechten Gewaltausbruch enden sollte. Die staatlichen Repressionen reichten weit in das gesellschaftliche Leben hinein, so wurden z.B. regierungskritische Zeitungen zensiert oder gar verboten. Im vierten Plan sollten die

Gemeindestrukturen und Volkskomitees in den von Maoisten kontrollierten Gebieten gefestigt werden. Mit der fünften Stufe, die im August 1999 begann, wurde die Existenz einer Volksarmee bekanntgegeben. Im Oktober des selben Jahres organisierten die Maoisten erstmals einen *Bandh*, einen Generalstreik, um das öffentliche Leben stillzulegen und die Bevölkerung zu mobilisieren. Der sechste Plan sollte die Bildung von sogenannten Basisgebieten abschliessen. Im Februar 2001 folgte die 2. Nationale Konferenz, auf der die maoistische Führung die „strategische Verteidigungsstufe“ für abgeschlossen erklärte. Nach maoistischer Ideologie war damit die erste von drei Stufen vollendet. Mao hatte stets davor gewarnt, die 1. Stufe zu zeitig zu verlassen. Er legte Wert darauf, dass in den eroberten Gebieten zunächst feste Basisstrukturen geschaffen wurden.

Ein Massaker innerhalb der Königsfamilie am 1. Juni 2001, bei dem u.a. der damalige König Birendra starb, sollte das Blatt zunächst einmal wenden. Im Sommer 2001 wurde Sher Bahadur Deuba neuer Premierminister. Deuba war zu Zeiten der Operation „Romeo“ Innenminister und damit maßgeblich verantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen der Polizei. Dennoch kam es zu Friedensverhandlungen zwischen ihm und den Maoisten. Man erzielte einen Kompromiss, zu dessen Umsetzung es nie kommen sollte.

Harte Linie

Der 11. September und der damit ausgerufenen Krieg gegen Terror wendeten das Blatt erneut. Der neue König Gyanendra ließ durchblicken, dass er härter gegen die Maoisten vorgehen wolle. Daraufhin verließen die Maoisten am 23. November 2001 den Verhandlungstisch und überfielen Polizeistationen sowie Stützpunkte der Armee. Drei Tage später erklärte der König den Notstand. Während dieser Notstandszeit wurden rund doppelt

so viele Menschen getötet als in den ersten 5 Jahren des Volkskrieges. Aus diesem Grund verweigerte das Parlament im Mai 2002 eine Verlängerung des Notstandes.

Nach zahlreichen Protesten demokratischer Parteien und Bewegungen sah sich König Gyanendra im Juni 2004 gezwungen, Deuba wieder als Premierminister einzustellen, nachdem er ihn im Oktober 2002 wegen Inkompetenz entlassen hatte. Während der Amtszeit des neuen alten Premierminister gelang es den Maoisten, Kathmandu für einige Tage einzukreisen und von der Außenwelt abzuschneiden. Peng Dehuai, Kommandant und Vertrauter Maos während des Langen Marsches, beschrieb diese Taktik mit den blumigen Worten: „Den Teich auszutrocknen, um so an den Fisch zu kommen“.

Im Februar 2005 rief Gyanendra erneut den Notstand aus und entließ die ganze Regierung mitsamt dem Premierminister Deuba. Es wurden die Telefon- und Internetverbindungen gekappt, sowie mindestens 150 Journalisten festgenommen. Als sich Anfang April Hunderttausende Menschen zu einem *Bandh* versammelten, reagierte der König mit einer Absperrung und einem Schießbefehl. Nach mehrwöchigen Protesten gab der König die Exekutivgewalt an das Volk ab. Außerdem bot der König den Parteien an, den nächsten Premierminister zu stellen. Dieser Vorschlag ging den Parteien jedoch nicht weit genug. Nach erneuten Massendemonstrationen sah Gyanendra sich gezwungen, das Parlament von 2002 wieder einzusetzen. Durch eine Verfassungsänderung wurde die Oberbefehlsmacht über das Militär dem König entzogen, er sollte von nun an nur repräsentative Aufgaben wahrnehmen. Außerdem wurde der Hinduismus als Staatsreligion abgeschafft und Nepal wurde zum säkularen Staat erklärt. Am 21. November 2006 endete der Maoistenkonflikt mit einer Friedensvereinbarung zwischen dem Premierminister Koirala

und den Maoistenführer Prachanda. Als Folge der Vereinbarung traten 73 Abgeordnete der CPN (Maoist) in das Parlament ein. Die CPN (Maoist) erhielt etliche Ministerposten der Übergangsregierung, welche die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung vorbereiten sollte.

Trotz des gemeinsamen Kampfes zum Sturz des Königs ist das Misstrauen

innerhalb der Interimsregierung groß. Am 15. September 2007 fand ein Treffen zwischen Premier Koirala und Prachanda statt, bei dem Prachanda der Sieben-Parteien-Allianz ein 22-Punkte-Plan überreichte. In diesem Programm fordern die Maoisten die Ausrufung der Republik. Wenige Tage später traten die Maoisten aus der Regierung aus, wodurch der im Jahr 2006 geschlossene Friedensvertrag neue Risse

bekommen hat. Zu Hoffen bleibt, dass dieser brüchige Frieden den inner- und außerparlamentarischen Streitereien stand hält und das Land zur Ruhe findet, um so einen Ausweg aus der Armut zu finden.

Zum Autor

Toni Scheibe ist Student der Asienwissenschaften an der Universität Bonn mit dem Schwerpunkt West- und Südasiens.

Demokratie als Ziel und als Weg

Arjun Karki zum Hintergrund der gegenwärtigen politischen Konfliktlage in Nepal

Thomas Döhne

Auszüge aus mehreren Gesprächen mit Dr. Arjun Karki, Geschäftsführer des größten nationalen Dachverbandes nepalesischer Nichtregierungsorganisationen *NGO Federation Nepal* in Bonn.

Warum wurden die Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung nach intensiven Vorbereitungen so kurzfristig abgesagt und erneut auf unbestimmte Zeit verschoben?

Die Maoisten haben kurz vor den für den 22. November vorgesehenen Wahlen durch ultimative Forderungen an die anderen Koalitionspartner die Abhaltung der Wahlen verhindert. Sie hatten vor einem Jahr bei der Bildung der Übergangsregierung fast ein Drittel der politischen Macht und der damit verbundenen Ämter bekommen. Angesichts hoher Popularitätsverluste mussten sie nun mit erheblichen Stimmenverlusten und somit Einbußen ihrer Macht rechnen. Die beiden Hauptforderungen ihres 22-Punkte-Katalogs nach Ausrufung einer Republik durch das Parlament sowie einem proportionalen Wahlsystem waren nur vorgeschoben, um diesem faktischen Wahlboykott einen Hauch von Legitimität zu verleihen. Schließlich gibt es vertraglich festgelegte Friedensvereinbar-

ungen, eine Interimverfassung wurde gemeinsam festgelegt und auch von den Maoisten unterschrieben. Daher war es verantwortungslos und politisch nicht gerechtfertigt, die Wahlen auf diese Weise zu torpedieren.

Wie ist das Ansehen der Maoisten in der breiten Bevölkerung heute?

Die Maoisten verfolgen eine widersprüchliche Doppelstrategie, die ihre politische Glaubwürdigkeit untergräbt. Einerseits sind sie an der Regierung beteiligt, andererseits halten sie sich nur dann an die demokratischen Spielregeln, wenn es ihnen passt. Auch haben sie sich immer noch nicht überzeugend von der Gewalt losgesagt. Die Menschen in meinem Land sind der Gewalt überdrüssig und wollen dauerhaften Frieden. Die Maoisten haben heute mit Imageproblemen zu kämpfen. Sie sind im Wahlkampf weniger geübt als im Guerillakampf und im Umgang mit Waffen, in der Überzeugungsarbeit weniger als in Einschüch-

terung und Bedrohung. Im Vorfeld der Wahlen hatten sie große Schwierigkeiten, überhaupt genügend Kandidaten zu finden. Selbst in Dörfern der ehemals von den Maoisten kontrollierten Gebieten haben die Menschen angefangen, Fragen zu stellen und Rechenschaft zu verlangen. Manche wollen Geld zurückhaben, das ihnen oftmals mit Gewaltandrohung abgepresst worden war, andere haben direkt unter der Gewalt gelitten oder Familienangehörige verloren und wollen sich rächen.

Was sind die Hintergründe der anhaltenden Staatskrise in Nepal?

An erster Stelle ist hier das Versagen der Machteliten, der Parteien und des politischen Führungspersonals zu nennen. Sie alle haben die historische Chance nach dem ersten Volksaufstand im Frühjahr 1990 leichtfertig verspielt. Sie müssen sich vorstellen: Bevor der Maoistenaufstand im Februar 1996 begann, war die Vorläufer-